

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

26.7.1914 (No. 201)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 201

Sonntag, den 26. Juli 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Str. Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet 3 M 67 P
Einzugsgebühr: die 5mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 14. Juli 1914 gnädigst geruht, den Rechnungsrat Georg Schrott beim Landesgewerbeamt zum Bureauvorsteher bei dieser Behörde zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 14. Juli 1914 gnädigst geruht, den Bezirksgeometer Emil Müller in Schwetzingen zum Revisionsgeometer bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 14. Juli 1914 gnädigst geruht, die Forstassessoren Leopold Schick von Durlach, Ernst Vogt von Neßl und Erwin Gayer von Wolfach zu Forstamtmännern zu ernennen.

Das Finanzministerium hat unterm 18. Juli 1914 die Forstamtmänner Leopold Schick, Ernst Vogt und Erwin Gayer der Forst- und Domänenverwaltung zugeteilt.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 17. Juli 1914 gnädigst geruht, die Landgerichtsräte Dr. Viktor Hoeniger und Karl Buzengeiger in Karlsruhe zu Oberlandesgerichtsräten und

den Oberamtsrichter Dr. Richard Luß in Ettlingen zum Landgerichtsrat in Karlsruhe zu ernennen, sowie den Landgerichtsrat Dr. Emil Hiegler in Mosbach in gleicher Eigenschaft nach Karlsruhe zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, unterm 14. und 18. Juli 1914 den Notar Rudolf Jung in Lahr in die Amtsgerichtsbezirke Karlsruhe und Ettlingen und unterm 14. Juli 1914 den Notar Wilhelm Weiser in Zell i. W. in den Amtsgerichtsbezirk Lahr zu versetzen.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Anwaltlichen hat dem Notar Rudolf Jung das Notariat Karlsruhe II und dem Notar Wilhelm Weiser das Notariat Lahr I zugewiesen.

Seine Erzellenz der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Liggeringen, Dekanats Stodach, dem Pfarver Gebhard Weber in Gallmannsweil verliehen. Der Genannte ist am 5. Juli 1914 feierlich eingesetzt worden.

Die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues hat unterm 17. Juli 1914 die Kulturmeister Andreas Weiser in Heidelberg, Wilhelm Kaiser in Freiburg, Joseph Kiefferer in Heidelberg und Theodor Krähig in Karlsruhe zu Bausekretären ernannt.

Das Finanzministerium hat unterm 18. Juli 1914 den Finanzsekretär Max Gbelmann in Karlsruhe zum Steuerkommissar ernannt.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 17. Juli 1914 den Finanzsekretär Heinrich Schumacher in Mannheim zum Finanzamt dort versetzt.

Die Apotheke in Arlen betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Arlen ist in Erledigung gekommen. Sie wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Der neue Inhaber der Berechtigung hat die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine nötigenfalls von dem unterzeichneten Ministerium endgültig festzustellende Vergütung zu übernehmen.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 2 Wochen hier einzureichen.

Karlsruhe, den 20. Juli 1914.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Pfisterer.

Dr. Schülgen.

Das Badische Staatsschulbuch betr.

Der Kurs für Vereinzahlungen auf 4%ige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 97,90 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 25. Juli 1914.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 25. Juli.

* Innerpolitische Wochenrückblicke.

Nachwahlen.

Auch die Stichwahl in Labiau-Wehlau hat dem Fortschritt einen Sieg gebracht. Da über Motive nicht abgestimmt wird, ist es nicht leicht, sie bei den Wählern zu ergründen und festzustellen, warum der konservative Kandidat diesmal in der Minderheit blieb. Die sommerliche Zeit ist in einem konservativem Blatte vor der Wahl als günstig für die eigene Partei, nach der Wahl als ungünstig hingestellt worden. Der reine Drang nach Wahrheit ist eben nicht immer der Beweggrund der Wahlbetrachtungen, sondern der politische Zweck. Nach der vorläufigen Zählung hat der gewählte Bürgermeister Wagner vor dem konservativem Mitbewerber einen Vorsprung von 1420 Stimmen; eine erfolgreiche Anfechtung der Wahl ist mithin nicht zu erwarten. Als sicheren dauernden Beistand wird der Freisinn freilich weder das Labiauer Mandat, noch das Coburger ansehen, aber immerhin: er hat kurz hintereinander zwei Siege erobert, den Coburger von den Nationalliberalen, den Labiauer von den Konservativen.

Reichstagspräsidium.

Der Abgeordnete Bachnide, der eine führende parlamentarische Stellung im Fortschritt einnimmt, hat in einer Betrachtung, die er über die künftige Wahl des Reichstagspräsidiums angestellt hat, den Zuwachs seiner Partei schon in Anschlag gebracht. Der Fortschritt ist danach im Reichstage um einen Sitz stärker als die Nationalliberalen und um drei Sitze stärker als die Konservativen. Die Partei ist an die dritte Stelle gerückt. Man könnte rückblickend sagen, die Regelmäßigkeit, daß die kleine Fortschrittspartei mit zwei Mitgliedern im Präsidium vertreten war, erfahre nachträglich eine kleine Abminderung.

Die Fraktionen des Reichstages sind jetzt nicht beisammen; abgesehen von Bachnide, dürften aber die Auslassungen, die gegenwärtig von den Parteiblättern über die künftige Präsidentenwahl veröffentlicht werden, nicht ohne Fühlung mit Fraktionsmitgliedern geschrieben sein; die Frage ist auch schon vor dem Auseinandergehen des Reichstages unter den Abgeordneten eifrig erörtert worden. Wenn gleichzeitig eine gewisse Gleichgültigkeit der Parteien zur Schau getragen wird, so kann das nicht darüber täuschen, daß die vorige Präsidentenwahl eine hervorragende politische Bedeutung hatte.

Die vorläufige Haltung der Parteien ergibt sich aus folgendem: Abgeordneter Bachnide geht davon aus, daß sich auf das bisherige Präsidium Kaempf eine Mehrheit vereinigen würde, die aus den Sozialdemokraten, Fortschrittlichen und Nationalliberalen zusammengesetzt sei. Diese drei Parteien haben in der Tat eine Mehrheit, wenn sie auch nur einige Stimmen beträgt. Die Sozialdemokratie ist aber nicht mit Sicherheit für Kaempf in Rechnung zu stellen. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, die von einem sozialdemokratischen Abgeordneten geleitet wird, neuerdings: „Herr Bachnide gibt sich immer noch dem schönen Traum hin, daß die Sozialdemokratie einen so unfähigen, greisenhaften und innerlich reaktionär gesinnten Mann, wie Herr Kaempf wieder auf den Präsidentensitz heben werde. Unsere Partei hat aber weder im Parlament noch in der Presse, noch in Versammlungen irgendeinen Zweifel darüber gelassen, daß Herr Kaempf ihre Stimmen niemals wieder bekommt. Es lohnt sich nicht, die Gründe hierfür erneut anzuführen, sie sind noch in aller Gedächtnis und laufen auf die allgemeine Erkenntnis hinaus, daß selbst ein konservativer Präsident oder ein Vertreter des Zentrums die Redefreiheit im Reichstag und die Selbständigkeit des Parlaments gegenüber der Regierung niemals so mit Füßen getreten hat wie Herr Kaempf.“ Das ist scharf, aber wenn Abg. Bachnide nach den früheren Erklärungen der Sozialdemokratie doch noch an eine Wahl Kaempfs durch dieselbe glauben konnte, so kann man es wohl auch noch nach der neuen Erklärung der „Leipziger Volkszeitung“ über einen anderen freisinnigen Kandidaten will diese auch schon jetzt mit sich reden lassen, es muß nur ein „zweifelsfreier“ sein, „der ganz bestimmte Bedingungen von unserer Seite vor seiner Wahl annimmt, um

die Redefreiheit und die Selbständigkeit des Parlaments zu sichern.“ Also auch hier soll das System sozialdemokratischer Bedingungen eingeführt werden.

In der zweitgrößten Partei, dem Zentrum, hat man vor Wochen mit dem Gedanken operiert, den Sitz des Ersten Präsidenten nicht selbst zu übernehmen, sondern ihn den Nationalliberalen zuzuwenden, damit aber eine starke politische Wirkung zu verbinden. In Anerbietungen, die aus Zentrums- und auch aus Reichsparteilichen Kreisen gekommen sein sollen, wurde im Zusammenhang mit der Sammlungspolitik ein Nationalliberaler als Erster Präsident genannt. Die Wahl desselben und die Annahme der Wahl wäre gleichbedeutend mit der Verpflichtung der Nationalliberalen zur Sammlungs politik. Solche gelegentlichen Anerbietungen nehmen dem Zentrum als Fraktion aber nicht die Handlungsfreiheit; es kann als stärkste bürgerliche Partei immer noch für sich selbst den Sitz des Präsidenten in Anspruch nehmen.

Von einer den Konservativen nahe stehenden Seite ist kürzlich der Grundsatz der Stärke der bürgerlichen Parteien in den Vordergrund gerückt worden; danach würde das Zentrum den Präsidenten, die konservative Partei, der die kleinen Gruppen der Rechten hinzugerechnet werden, den Ersten, der Fortschritt, den Zweiten Vizepräsidenten stellen. — Abg. Bachnide glaubt, das Fehlen einer anderen unbedingt durchschlagenden Kombination werde den bisherigen Inhabern des Voritzes günstig sein und sie wieder als Sieger hervorgehen lassen. Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen. Jedenfalls ist der Fortschritt in diesem Punkte sehr „arbeitswillig“, er legt Wert darauf, daß der Reichstag mit der „Mehrfachheit der Linken“ arbeitsfähig sei, und er legt endlich Wert darauf, daß der Fortschritt sich zur parlamentarischen Leitung befähigt zeige.

* Die österreichisch-ungarische Note.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns berichtet:

Nach Überreichung der Note Österreich-Ungarns an Serbien kann der Wunsch nur wiederholt werden, daß der Konflikt auf die Staaten Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleibt. Das geht auch sehr gut, wenn alle anderen Mächte eine Einmischung vermeiden. Die Note ist das selbständige Werk Österreich-Ungarns, Deutschland hat nicht daran mitgewirkt. Wenn man aber aus der Stimmung weiter Kreise der Reichshauptstadt auf die Stimmung des deutschen Volks im allgemeinen schließen darf, so wird die klare Formulierung der Forderungen geradezu als Erlösung empfunden. Die Forderungen erklären sich zur Genüge durch die nunmehr auch nach außen kenntlich gemachte Mitschuld Serbiens an der Tat von Serejewo.

Österreich-Ungarns Haltung.

Wien, 25. Juli. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bad Nischl: Der Minister des Außern, Graf Berchtold, wird heute nachmittag wieder hier eintreffen, um hier die Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note abzuwarten. Der Minister will dem Kaiser keinen telegraphisch übermittelten Bericht vorlegen, sondern sofort nach dem Eintreffen der Note aus Belgrad dem Kaiser mündlich Bericht erstatten.

Wien, 24. Juli. Die feste Entschlossenheit, welche die österreichische Regierung bei der gestrigen Demarche bekundet hat, wird, wie aus den Abendblättern hervorgeht, hier und in der ganzen Monarchie mit größter Befriedigung und einmütiger Zustimmung aufgenommen. Die aus der Provinz einlaufenden Meldungen stellen übereinstimmend fest, daß der gestrige Schritt allenthalben als eine Erlösung aus der geradezu lähmenden Stimmung, welche sich seit des Serajevoer Attentats der Bevölkerung bemächtigt hatte, wirkte.

Budapest, 24. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte der Ministerpräsident: Der Schritt Österreichs bedarf keiner Rechtfertigung, es müßte vielmehr erklärt werden, warum der Schritt erst jetzt erfolgte. Wir wollen nur abwarten, bis die Untersuchung in Serajevo über gewisse Umstände vollständige Klarheit

heit schuf. Auch wollten wir den Anschein vermeiden, als ob Leidenschaft oder berechtigte Entrüstung uns geleitet haben. Der Schritt ist vielmehr nach ernster und reiflicher Überlegung unternommen worden. Der Schritt ist keineswegs aggressiv, noch bedeutet er eine Provokation, da wir in der Note nichts anderes fordern, als was Serbien aus natürlicher Nachbarnpflicht gewähren muß. Niemand kann uns vorwerfen, daß wir Krieg suchen. Wir sind vielmehr bis zur äußersten Grenze der Geduld gegangen. Lebhaft Zustimmung! Ich bin der Überzeugung, daß der Schritt durch die Lebensinteressen der Monarchie und der ungarischen Nation gefordert wurde, wenn wir die gesamten Konsequenzen ziehen. Allgemeiner stürmischer Beifall. Die Mitglieder der Regierung erhoben sich von ihren Sitzen und brachten dem Ministerpräsidenten Ovationen dar. Darauf ergriff Graf Andrássy namens sämtlicher Fraktionen der Opposition das Wort und erklärte, daß die Beziehungen zu Serbien unhaltbar geworden seien. In dem Maße, als Serbien Erfolge und territoriale Vermehrung errungen habe, sei der Haß gegen die Monarchie gewachsen. Andrássy behielt sich eine Kritik der auswärtigen Politik vor, erklärte jedoch, daß in diesem Augenblick die Opposition trotz ihres prinzipiellen Gegensatzes zu der Regierung ihre patriotische Pflicht voll und ganz erfüllen werde. Er hoffe, daß dieses Beispiel auf jeden Ungarn maßgebend sein werde. Zum Schluß erluchte Andrássy das Haus, sich zu vertagen.

Budapest, 24. Juli. Der „Pester Lloyd“ schreibt: Ein Ausweichen ist ausgeschlossen. Wenn die Frist verinnt, müssen wir ein klares Ja hören; jede andere Antwort würde als ein klares Nein aufgefaßt werden und die entsprechenden Folgen nach sich ziehen. Selbst die Möglichkeit weitgehender schwieriger Kompensationen kann unsere Monarchie nicht dazu bestimmen, von der Verhaltenslinie, die sie sich nun einmal vorgezeichnet hat, auch nur um Haarsbreite abzuweichen: mag unser Krieg mit Serbien lokalisiert bleiben oder nicht, mag dieser Konflikt noch weitergehende Entwicklungen nach sich ziehen oder nicht, unfehlbar und unverzüglich wird die Monarchie das Schwert ziehen.

Köln, 25. Juli. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Wien, 24. Juli. Der k. l. Gesandte in Belgrad, Frhr. v. Giesl, hat den Auftrag, falls die königlich serbische Regierung bis Samstag abend 6 Uhr die vorbehaltlose Annahme der in der Note vom 23. angeführten Forderungen nicht notifiziert haben sollte, mit dem Personal der Gesandtschaft Serbien zu verlassen.

Serbiens Haltung.

Belgrad, 24. Juli. Das Regierungsorgan „Samouprava“ veröffentlicht folgendes Communiqué: Der hiesige österreichisch-ungarische Gesandte v. Giesl überreichte gestern abend um 6 Uhr dem Vertreter des Ministers des Äußeren, Patjich, eine Note seiner Regierung anlässlich der Ereignisse am Vidobdan. Durch die Note, welche sehr schwere Bedingungen enthält, wird eine ganz kurze Frist für die Antwort belassen. Die Lage kann als sehr ernst und kritisch beurteilt werden.

Belgrad, 24. Juli. Wie das Serbische Pressbureau meldet, ist Ministerpräsident Patjich heute früh nach Belgrad zurückgekehrt.

Russische Stimmen.

London, 24. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus St. Petersburg: Der heutige Ministerrat dauerte fast vier Stunden. Man versicherte, Rußland werde unmittelbar intervenieren und von Österreich eine Verlängerung der Frist des Ultimatums verlangen, um der europäischen Diplomatie Zeit zu geben, ihren Einfluß auszuüben.

St. Petersburg, 25. Juli. Das amtliche Organ veröffentlicht folgendes Communiqué: Die kaiserliche Regierung, lebhaft besorgt durch die überraschenden Ereignisse und durch das an Serbien durch Österreich-Ungarn gerichtete Ultimatum, verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konfliktes, in dem Rußland nicht indifferent bleiben kann.

Rußland und Frankreich.

St. Petersburg, 24. Juli. (St. Petersburg Telegraphenagentur.) Der Besuch, den der Präsident der französischen Republik in dem Kaiser von Rußland gemacht hat, hat den beiden befreundeten und verbündeten Regierungen Gelegenheit gegeben, die vollkommene Gemeinsamkeit ihrer Ansichten über die verschiedenen Probleme festzustellen, vor welche die Sorge um den allgemeinen Frieden und für das europäische Gleichgewicht die Mächte, namentlich im Orient, stellt.

Französische Prestimmen.

Paris, 25. Juli. Der außerordentliche Eindruck, den die österreichische Note hervorgerufen hat, gibt sich in den Erörterungen der gesamten Presse kund. Fast durchweg wird der österreichische Schritt in rückhaltlosester Weise verurteilt. Vielfach wird darauf hingewiesen, daß die österreichisch-ungarische Regierung für ihren Schritt einen Zeitpunkt gewählt hat, wo die Ullsterkriege in London ihren Höhepunkt erreicht hat, wo in Petersburg die Arbeiterfrage einen akuten Charakter angenommen hat und wo Präsident Poincaré sowie Ministerpräsident und Minister des Äußeren Viviani sich vom Baren verabschiedet und in Kronstadt eingeschifft haben.

Paris, 25. Juli. Der „Matin“ sagt: Rußland wird Österreich-Ungarn zweifellos erlauben, seine Aktion auszuführen, um den Mächten die Prüfung der Akten zu ermöglichen, die Österreich zu ihrer Verfügung stellt. Das wäre eine vernünftige Lösung, der sich Europa anschließen müßte. Österreich habe nur das eine Mittel, um seine bona fides

zu betreiben: die Annahme des russischen Ersuchens. — Jaurès schreibt in der Humanité: Die österreichische Note ist furchtbar hart. Sie scheint darauf berechnet, das serbische Volk aufs schwerste zu demütigen oder zu zerschmettern. Die Bedingungen, die Österreich Serbien auferlegen will, sind derart, daß man sich fragen muß, ob die moralische und militärische Reaktion in Österreich sich den Krieg wünscht und ihn nicht unvermeidlich machen will. Das wäre das ungeheuerlichste Verbrechen. Die radikale „Lanterne“ sagt: So treu man auch am Friedensgedanken festhalten kann, so gibt es doch Stunden, wo man sich zur Gewalt entscheiden muß, um auf die Gewalt zu antworten. Dann wird der Krieg die heiligste aller Pflichten. — Die radikale „Aurore“ sagt: Die Kriegserklärung an Serbien würde das Signal zu einer ungeheuren Katastrophe sein. — Der „Appel“ sagt: Das von Österreich an Serbien gerichtete Ultimatum ist von einer so unerbittlichen Strenge und stellt so harte Bedingungen auf, daß man offen von einer regelrechten diplomatischen Herausforderung reden kann. — Der „Figaro“ schreibt: Es gibt noch einen, allerdings schwachen Versuch, das Ultimatum Österreichs präzisiert weder den Charakter, noch die Grenzen der Intervention bei der Kontrolle und Ausführung der von Österreich geforderten Maßnahmen. Vielleicht wird dieser durchaus wichtige Punkt Stoff zu Verhandlungen und Ausgleichungen bieten.

Englische Prestimmen.

London, 24. Juli. Die hiesige Presse steht der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herrschenden Spannung mit ziemlich ruhiger Ruhe gegenüber, wenn sie auch nicht zum Optimismus neigt.

London, 24. Juli. „Westminster Gazette“ schreibt über die Wiener Note: Wir wissen nicht, welches Maß von Wahrheit in den Anschuldigungen enthalten ist, aber sie sind bestimmt. Wenn sie erbartet werden, handelt es sich nicht allein um die Frage des Mylrechts. Die Beschuldigung ist, daß serbische Beamte direkt darin verwickelt sind. Wir können nicht glauben, daß Serbien so schlecht beraten ist, die Anklagen nicht mit großer Achtung und Ernst zu behandeln. Wir sagen keineswegs, daß die Anschuldigungen zugegeben werden müssen; das hängt von dem Beweismaterial ab, über das ein Urteil abzugeben wir nicht in der Lage sind. Wir sagen nur, daß die serbische Antwort notwendig eine ernsthafte Erwiderung auf eine Reihe schwerer Anschuldigungen sein muß. Man sprach viel von Rußlands Haltung in dieser Frage, aber wenn die in der Note enthaltenen Anschuldigungen substantiiert werden können, glauben wir nicht, daß die russische Regierung einen sehr erheblichen Einpruch erheben dürfte, daß Serbien genötigt sein wird, Österreich-Ungarn eine Genugtuung zu geben.

London, 24. Juli. Die „Pall-Mall Gazette“ schreibt: Die österreichische Note an Serbien zeichnet sich durch die Verbindung von Festigkeit mit Zurückhaltung aus. Es ist unleugbar, daß Belgrad die Pflanzschule der Verwilderung gegen die Ruhe des Nachbarstaates ist. Es ist die Pflicht der serbischen Regierung, sich nicht nur selbst von solchen Mischgeschäften fernzuhalten, sondern ihm auch den Schutz ihrer Jurisdiktion zu verweigern. Österreich ist berechtigt, die strikte Erfüllung dieser Verpflichtungen zu fordern und wir erwarten, daß die Antwort auf ihre Aufforderung auf Seiten der Regierenden Serbiens die ehrliche Bereitschaft zeigen werde, das Land von dieser Anklage zu reinigen.

Italienische Prestimmen.

Rom, 24. Juli. Die Blätter sprechen die Erwartung aus, daß Serbien maßvoll und gerecht die Haltung der Monarchie beherzigen und dem ersten Zwischenfall eine persönliche friedliche Wendung geben werde. Der „Popolo Romano“ schreibt, die Kulturwelt stehe auf der Seite Österreich-Ungarns. Die Forderungen der Wiener Kanzlei seien so billig und selbstverständlich, daß Serbien sich ihnen unmöglich entziehen könne.

Rom, 25. Juli. „Giornale d'Italia“ schreibt zu der österreichisch-serbischen Note: Daß für morgen Antwort verlangt wird, kann nicht überraschen, denn die von Serbien verlangten Verpflichtungen sind zu natürliche und berechtigte, um irgend eine Diskussion zuzulassen. Gerade daß eine solche Diskussion unmöglich ist, gibt die Hoffnung, daß der Konflikt morgen geregelt sein wird. In ähnlichem Sinne schreibt auch die „Vita“.

Deutsche Prestimmen.

Berlin, 24. Juli. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Das Verlangen Rußlands, die Frist des Ultimatums zu verlängern, habe keinen anderen Zweck, als die Verschleppungspolitik des Zweibundes zugunsten Serbiens anzuwenden. Es ist zugleich eine gröbliche Brüstung Österreich-Ungarns. Die Folgen dieses Schrittes dürften sehr ernst sein. Man dürfe nur hoffen, daß er noch in letzter Stunde rückgängig gemacht werden könne.

Köln, 24. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Die österreichische Note stellt eine Anklage von einer Wucht und einem Ernst dar, wie man sie zwischen einem Staat und einem Staat der neuesten Geschichte noch nicht gehört hat. Die Befristung vertritt den Zug unbedingter Entschlossenheit. Mit Erstaunen wird Europa aus den Einzelheiten der Note entnehmen, bis wohin die Fäden der Verwilderung gereicht haben, deren Ergebnis der Nord von Serajewo ist. Man sieht in einer Abgrund politischer Entartung und Anklage, wenn man sieht, wie das verbrecherische Treiben wahrer Wüster unterstügt und gefördert wird. Dies gibt der Angelegenheit eine allgemeine europäische Bedeutung. Angesichts des bedeutsamen Inhalts der Note wird es wohl niemand in Europa zweifelhaft sein, daß es das Interesse des Friedens erfordert, daß durch die Sprache der europäischen Presse in Belgrad der Eindruck vertieft werde, daß Serbien solchen gerechten Forderungen nachgeben müsse, um einen Konflikt zu vermeiden. Aus den Tatsachen der Note ergibt sich, daß politische Verunft und die elementarste Gerechtigkeit es gebieten, in die Auseinandersetzung nicht einzugreifen und einen möglichen Zusammenstoß örtlich begrenzt zu halten. Für alle europäischen Zuschauer bei der Auseinandersetzung erfordert es die Rücksicht auf den europäischen

Frieden, demjenigen, der in dem Streit so schwer unrecht hat, nicht den Rücken zu stärken, sondern ihn zum Entgegenkommen zu mahnen, damit der Streit Sache der österreichisch-serbischen Beziehungen bleibe. Vom europäischen Standpunkt ist es wünschenswert, daß, nachdem Europa Genugtuung gegeben hat, die Beziehungen sich doch wieder normal und ersprießlich gestalten.

Berlin, 24. Juli. Von den Abendblättern sagt der „Lokalanzeiger“: Der Totaleindruck der österreichisch-ungarischen Note läßt sich in die Worte zusammenfassen: scharf aber gerecht. Es wird vielleicht Leute geben, welche die Forderungen der Wiener Note als zu scharf ansehen; denen können nur die Tatsachen entgegengehalten werden, die diesen Schritt der Donaumonarchie aufgezwungen haben. Wenn anders nicht der Glaube an den Fortbestand des monarchischen Gedankens in Europa in Frage gestellt werden soll, muß auch dort ein Gefühl von Gerechtigkeit und staatslicher wie monarchischer Solidarität bestehen, von wo in Serbien auf Bestand gerechnet wird. Serbien wird die österreichischen Forderungen erfüllen, oder es wird zugrunde gehen. — Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Die Note entspricht in jedem Punkte den Rücksichten, die Österreich-Ungarn nach dem Attentat vom 28. Juni seinem Ansehen und seiner Würde als Großmacht schuldig ist. Seit dem Sturze der Obrenowitsch hat die serbische Politik einen dauernden latenten Kriegszustand in den Beziehungen des Königreichs zur Donaumonarchie herbeigeführt durch den Umstand, daß Serbien bisher bei allen seinen Provokationen Österreichs auf Unterstützung Rußlands rechnen zu können glaubt, macht es Österreich gebieterisch zur Pflicht, dem unruhigen Nachbar im Süden endlich einmal mit vollem Ernste entgegenzutreten und ihn vor die Frage von Krieg oder Frieden zu stellen. — Die „Deutsche Tageszeitung“ führt aus: Wir können ernstlich nicht annehmen, daß irgend ein Staat aus irgend welchen Gründen Serbien den Rücken steifen oder der österreichischen Regierung Schwierigkeiten machen werde. Wir glauben, das am wenigsten von Rußland, trotz alles dessen, was in Rußland während der letzten Wochen laut geworden ist. Das Deutsche Reich kann nur den Wunsch hegen, daß Österreich die befundene Entschlossenheit weiter bezeigen möge und daß es mit Nachdruck seine Forderungen aufrechterhalte. Es hegt den weiteren Wunsch, daß der Konflikt, wenn er unvermeidlich ist, sich auf die beiden beteiligten Staaten beschränke. Wenn die Beschränkung des Konfliktes wider Erwarten nicht möglich sein sollte, würde das Deutsche Reich seine Bündnispflicht ohne Winkelzüge und mit aller Kraft erfüllen. Die „Germania“ meint: Im ganzen zivilisierten Europa würden sowohl die österreichisch-ungarische Note wie die heutigen Darlegungen des Wiener Fremdenblatts wie die Befreiung von einem schweren Alp wirken. Mit kaum mehr zu bemessender Ingebild habe man das entscheidende Wort: Bis hierher und nicht weiter“, ermarket. Jetzt ist es gesprochen und überall atme man erleichtert auf, nicht nur in der Donaumonarchie.

Politische Übersicht.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zur Verlobung des Fürsten von Hohenzollern mit der Prinzessin Adelgunde von Bayern: Mit Freude ist auch hier die Kunde ausgenommen worden von der neuen Glück verheißenden Familienverbindung zwischen den beiden ruhmreichen deutschen Fürstenthümern und aufrichtige Segenswünsche werden den schönen Bund des hohen Paares begleiten. Zweimal im Verlauf des 19. Jahrhunderts ist Hohenzollern und Wittelsbach in eheliche Verbindung getreten. Die eble Königin Elisabeth von Preußen, Gemahlin König Friedrich Wilhelms IV., war eine bayerische Prinzessin und eine Tochter Maximilian I. dessen Enkel, Maximilian II., teilte den Thron mit der im Jahre 1842 angetrauten Marie von Preußen, Tochter des Prinzen Wilhelm, eines Bruders des Königs Friedrich Wilhelm III. In beiden Ländern ist das Andenken der Königin aus befreundetem Stamme in großen Ehren geblieben. So erblicken wir in der neuen und frohen Aussicht einer Verbindung des Hauses der fürstlichen Linie von Hohenzollern mit der ältesten Tochter König Ludwigs III, die bevorstehende Anknüpfung eines neuen verwandtschaftlichen Bandes zwischen zwei großen bundesfürstlichen Dynastien im Reiche.

Ausland.

Der Prozess Caillaux.

Paris, 24. Juli. Der „Figaro“ erklärt triumphierend, daß die gefrige Aussage der Frau Guéhard über die intimen Briefe das ganze Verteidigungssystem des Ehepaars Caillaux zerbröckelt. In diesen Briefen sei nichts enthalten, was Frau Caillaux mit Angst habe erfüllen können, nichts, was den ehemaligen Finanzminister nicht zur Ehre gereichen würde. Demzufolge könnten die falschen Gerüchte von der unmittelbaren bevorstehenden Veröffentlichung der Briefe nicht die Ursache der Ermordung Calmettes gewesen sein. Calmette, so schreibt der „Figaro“, wurde ermordet, weil er das „gütige Dokument“ besaß, weil es hieß, daß er den Bericht Cabres veröffentlichte und so die Allmacht jenes Mannes vernichten würde, den er den demokratischen Plutokraten genannt hatte, er wurde ermordet, weil der Sieg seines Feldzuges unmittelbar bevorstand.

Die Homerule-Konferenz.

London, 24. Juli. (Unterhaus.) Premierminister Asquith teilte mit, die Homerule-Konferenz habe die Möglichkeit erwogen, gewisse Gebiete abzugrenzen, die von den Bestimmungen der Homerule-Bill ausgeschlossen werden sollen, sei aber nicht imstande gewesen, im Prinzip oder in Einzelheiten darüber eine Einigung zu erzielen und habe ihre Beratungen geschlossen. Der Sprecher, als Vorsitzender, habe dem König darüber Mitteilung gemacht. Asquith fügte hinzu, die zweite Lesung der Ergänzungsbill werde am 28. Juli stattfinden. — Das Haus vertagte sich darauf in großer Erregung.

London, 24. Juli. Wie amtlich gemeldet wird, hat die Homerule-Konferenz ihre Beratungen beendet und wird nicht von neuem zusammentreten. — Es wird gemeldet, die Homerule-Konferenz habe kein Abkommen erzielt. Das Kabinett sei gegenwärtig zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten.

Albanien.

Durazzo, 24. Juli. Die epirot. Regierung setzte die moham-medanische Bevölkerung der Orte Delvino u. Arghroastro von der Möglichkeit in Kenntnis, daß beide Orte durch epirot. Banden gefährdet werden. Die internat. Kontrollkommission protestierte telegraphisch bei Zograpchos wegen der durch die Epiroten verübten Greuelthaten. Zograpchos antwortete telegraphisch, indem er die aggressiven Absichten der Epiroten auf Balona sowie die Behauptung, daß griechische Truppen auf Seiten der Epiroten mitkämpften, in Abrede stellte. Gleichzeitig beschuldigte er die albanischen Truppen, Grausamkeiten begangen zu haben. Die Kontrollkommission antwortete in einem scharf gehaltenen Telegramm, in welchem sie die Verdächtigung gegen die albanischen Truppen widerlegte.

Der Streik in Russland.

Warschau, 24. Juli. In 50 Fabriken streiken 15000 Arbeiter.

St. Petersburg, 24. Juli. In einem Vorort feuerten berittene Schutzleute auf Streikende, die mit Steinen auf die Schutzleute warfen. Mehrere Arbeiter wurden verletzt. Im Schlüsselburger Stadtteil richteten Arbeiter in zwei Gastwirtschaften arge Verwüstungen an, wobei mehrere Arbeiter verwundet und einige verhaftet wurden.

St. Petersburg, 24. Juli. Die Streikbewegung beginnt abzulassen. Der Straßenbahnverkehr ist wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter verhalten sich ruhig. In Riga haben die Fabrik- und Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Mexiko, 25. Juli. Auf Grund der vom Präsidenten Carranza angeordneten Untersuchung der Finanzmethoden Huertas, ist ein Haftbefehl gegen Carranza, den früheren Generalschatzmeister der Republik, erlassen worden. Carranza wird beschuldigt, Staatsgelder in Höhe von etwa zwei Millionen Pesos unterschlagen zu haben.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 25. Juli.

Evangelische Generalsynode.

Fortsetzung der zwölften Sitzung.
Freitag, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr.

Die Besprechung des Hauptberichts (Vorlage I) wird wieder aufgenommen. Zu Abschnitt D. Kirchenordnung wird noch bemerkt: Eine Bereicherung der Liturgie durch vermehrte gesungene Beteiligung der Gemeinde wäre wünschenswert, begegnet aber in manchen Gemeindefreien starker Ablehnung. An der ins Bannland geratenen ländlichen Sitten des Singens bei Beerdigungen soll festgehalten werden. Für die evang. Diaspora ist die evang. Krankenpflegerin von großer Bedeutung, sie dient auch als Gemeindepfleglerin im weitesten Sinn des Wortes. Dem Evang. Bund, der im Freiburger Diakonissenhaus die evang. Krankenpflegerin heranzieht, gebührt warme Anerkennung. Die Synode faßt auf Antrag des Ausschusses folgenden Beschluß: Die Generalsynode spricht ihre Freude aus über die fortschreitende glückliche Entwicklung unserer Diaspora und dankt der Oberkirchenbehörde für ihre erfolgreiche, freundliche Fürsorge auf diesem für unsere Landeskirche so wichtigen Gebiet. Von konservativer Seite wird namentlich jetzt nach Genehmigung eines biblischen Taufbekenntnisses neben dem Apostolicum, eine größere Lockerung des Parochialzwangs gewünscht. Ein dahingehender Antrag wird seinerzeit dem zu berufenden Verfassungsausschuß überreicht werden.

Abchnitt E. Unterricht ist in früheren Sitzungen bereits erledigt worden. Es folgt die Besprechung von F. Kirchliche Ämter. G. Vermögen. H. Christliches Gemeindegeld. Zur schnelleren Durchführung der Stollgebührenaufhebung in den Kirchengemeinden werden verschiedene Vorschläge gemacht. So wünschenswert die Abhebung erscheint, so kann doch ein förmlicher Zwang von Kirchenregiment nicht ausgedeutet werden. Eine eingehendere Ausbildung der Theologiekandidaten im Unterricht erscheint wünschenswert, doch ist vorerst ein Weg zu einer Änderung des Studienplanes in diesem Sinn nicht zu erkennen. Anerkannt werden die immer zahlreicher werdenden kirchlichen Gemeindefreien erwähnt. Die hier geübte praktische Arbeit sollte auch auf andern Gebieten noch einfließen. Die christlichen Vereine junger Männer werden als Pflegenstätten vaterländischer und kirchlicher Gesinnung wärmstens der Förderung empfohlen. Die Anstellung bezahlter Gemeindegeldhelfer wird gefordert im Interesse der großen Stadtgemeinden und zur Entlastung der vielbesprochenen Geistlichen in diesen großen Städten. Das Verhalten der katholischen Kirche gegen gewisse Ehen gibt Anlaß zu eindringlicher Mahnung zur Wachsamkeit. Es bedarf in diesem Punkt einer häufigeren besseren Aufklärung der Gemeinden.

Im Zusammenhang damit werden einmütig und unter Beifall zwei Resolutionen gefaßt:

1. Die evang. Generalsynode spricht die Hoffnung aus, daß die badische Staatsregierung bei der Behandlung der Männerlöcherfrage die Rücksicht auf die evang. Bevölkerung und den konfessionellen Frieden in Betracht zieht.
2. Die evang. Generalsynode spricht den Wunsch aus, daß die badische Staatsregierung einer Aufhebung oder weiteren Abmilderung des Jesuitengesetzes nicht zustimmen werde.

Nach Beendigung der Besprechung des Hauptberichts stellt der Berichterstatter Defan Ludwig namens des Ausschusses für den Hauptbericht den Antrag: Hohe Synode wolle die zielbewußte, pflichttreue Arbeit der Oberkirchenbehörde auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens mit aufrichtigem Dank anerkennen. Die Versammlung stimmt lebhaft zu.

Oberkirchenratspräsident D. Helbing ergreift in dem Namen der Mitglieder des Oberkirchenrats für die ausgesprochene Anerkennung, die er für sich nicht annehmen könne und möchte. Wie er bisher über 14 Jahre in seinem jetzigen Amt sein ganzes Wollen und Können und seine ganze Liebe im Gefühl der Verantwortung vor Gott dem Wohl der Landeskirche gewidmet habe, so hoffe er es auch für die folgende ihm noch zugemessene Zeit tun zu können.

Mit einem Dankwort an den Berichterstatter über den Hauptbericht schließt der Präsident die Sitzung um 1/28 Uhr. Schlußsitzung, Samstag vormittags 9 Uhr.

Die sozialdemokratische Presse und das österreichisch-ungarische Ultimatum.

Es verdient festgestellt zu werden, daß die sozialdemokratische Presse Badens der Situation, wie sie durch die Überreichung der österreichisch-ungarischen Note in Belgrad geschaffen ist, mit völliger Verständnislosigkeit gegenübersteht. Für den „Volksfreund“ handelt es sich bei der Aktion der Donaumonarchie um eine „verlogene Deke“! Ein Kommentar hierzu erübrigt sich.

Der badische Bauverband gegen den Alkoholismus hat in einer kürzlich in Freiburg i. Br. abgehaltenen Tagung an Stelle des wegen Arbeitsüberhäufung zurückgetretenen Dr. med. Martin den als langjährigen Vorkämpfer in der Rückwärtsbewegung, besonders unter den Eisenbahnern, bekannten Eisenbahndirektor a. D. de Terra in Freiburg zum Vorsitzenden gewählt.

Aus der Pfalz.

Eine Häuserkassette. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, die die Errichtung einer Häuserkassette betrifft. Diese städtische Häuserkassette soll in erster Linie den Zweck haben, die Bauaktivität, insbesondere die Errichtung von Kleinwohnungen in Karlsruhe zu fördern. Durch Gewährung hypothekarisch gesicherter verzinslicher Darlehen. In zweiter Reihe soll die Kasse auch dem

Kreditbedürfnis der Eigentümer in Karlsruhe schon erbauter Häuser dienen, indem sie auf solche Häuser 1. Hypotheken gewährt. Die Mittel zur Gewährung der Darlehen sollen dem städtischen Grundbesitzvermögen und wenn dieses nicht zur Verfügung steht, Anlehensmitteln entnommen werden. Neubauten für Kleinwohnungen (1-4 Zimmer) dürfen gegen 1. oder 2. Hypothek bis zu 80 Proz. ihres Wertes beliehen werden, wenn dieser 40000 M. nicht überschreitet. Bestehende Häuser dürfen nur gegen 1. Hypothek bis zu 60 Proz. beliehen werden. Der Stadtrat fordert einen Betrag von vorerst 500000 M. aus Anlehensmitteln zur Gewährung von hypothekarisch gesicherten Darlehen. — Dem Bürgerausschuß ist eine städtische Vorlage über die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn nach Neureut zugegangen. Die Vorlage enthält Vertragsentwürfe über Abmachungen die mit der Generalintendant der Groß. Zivilliste und den Gemeindefreien Deutsch- und Belsch-Neureut abgeschlossen werden müssen. Bezüglich des Geländeerwerbs. Der Aufwand für die Bahn in Höhe von 428000 M. soll aus Anlehensmitteln bestritten und aus Wirtschaftsmitteln getilgt werden.

Die Handwerkskammer Karlsruhe beschäftigt sich in ihrer gestrigen Sitzung in der Hauptsache mit der Errichtung eines Submissionsamts für den Kammerbezirk Karlsruhe. Über den Zweck des Verbindungsamtes haben wir in den letzten Tagen schon berichtet. Die Satungen wurden einstimmig angenommen und beschlossen, das Verbindungsammt am 1. Oktober in Wirksamkeit treten zu lassen. Weiter wurde die Errichtung eines eigenen Heims erörtert. Man war sich dahin einig einen größeren Fond anzuhäufeln und jährlich 5000 M. Neubausfond in den Vorschlag einzustellen.

In dem Bericht der Oberrh. Corr. über die Abschiedsfeier für den bisherigen Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Baden Geh. Rat Masina hat sich eine Unrichtigkeit eingeschlichen. Nicht von dem Nachfolger Geh. Rat Ved, sondern an den künftigen Vorsitzenden Geh. Rat Ved war ein Begrüßungstelegramm abgehandelt worden.

Ausverkaufswesen und unlaute Klame. Unter Mitwirkung der Handelskammer ist von der Vertretung des Karlsruher Detailhandels sowie von verschiedenen Fachvereinigungen zum Zwecke der Überwachung des Ausverkaufswesens und der unlauteren Klame eine zehngliedrige Kommission gebildet worden, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, unrellen Gepflogenheiten und Auswüchsen auf diesen Gebieten entgegenzutreten. Die Kommission hat sich heute konstituiert und Herrn Rud. Hugo Dietrich zum Vorsitzenden, Herrn Julius Haas in Firma B. u. S. Boer zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die verschiedenen Branchen des Detailhandels sind in der Kommission vertreten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Das Ultimatum.

Wien, 25. Juli. Die Abendblätter melden, daß die österr.-ung. Regierung das Ersuchen Russlands, die Frist des Ultimatum um einige Tage zu verlängern, in höflicher, aber bestimmter Weise abgelehnt hat.

Wien, 25. Juli. Wiener Corr.-Bur. Für den Fall, daß Serbien den österreichisch-ungarischen Forderungen nicht zustimmt und daraufhin der österreichisch-ungarische Gesandte Belgrad verläßt, wird der deutsche Gesandte Freiherr von Grieflinger den Schutz der österreichischen Staatsangehörigen übernehmen. Vielfach war gestern die Nachricht verbreitet, daß von Seiten einer der Tripleentente angehörigen Macht beim Minister des Äußern Grafen Verdolod zugunsten Serbiens interveniert worden sei. Von maßgebender Seite wird dies als den Tatsachen nicht entsprechend erklärt. Österreich-Ungarn ist entschlossen, selbst und ohne Einmischung einer anderen Macht seinen Weg zu gehen.

Budapest, 25. Juli. Die Blätter melden aus Belgrad: Es verlautet, der Thronfolger stehe auf dem Standpunkt, eine friedliche Lösung herbeizuschaffen, was unter den Mitgliedern der Regierung und der Armee große Erbitterung hervorgerufen habe. Es verlautet ferner, daß Papstlich heute mittag spätestens aber in den Nachmittagsstunden die Antwort auf die Note erteilen werde. Ferner melden die Blätter vom 24. aus Belgrad, daß die Erregung in der Stadt ins Maßlose gestiegen sei. — In diplomatischen Kreisen wird der Krieg für unvermeidlich erklärt. Man wolle bereits wissen, daß eine Verantwortung der Note nicht erfolgen werde. Die Belgrader Garnison solle bereits zurückgezogen werden. Die Order für die Truppen sollen dahin gehen, daß sie sich ins Innere des Landes zurückzuziehen hätten. Man erwartet den ziemlich widerstandslosen Einmarsch der Truppen. Die serbische Regierung hoffe, daß eine Intervention der Mächte bei Österreich-Ungarn erst dann beginne, wenn österreichische Truppen Belgrad besetzt hätten.

Wien, 25. Juli. Alle Blätter erwähnen mit großer Befriedigung die Stimmen aus dem Deutschen Reiche, in denen die Bundesstreue Deutschlands in würdiger Weise zum Ausdruck kommt.

Wien, 25. Juli. Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Erzherzogs Karl Franz Joseph zum Obersten des 1. Husarenregiments.

Wien, 25. Juli. Den Blättern zufolge fanden gestern in vielen öffentlichen Lokalen, sowie beim Tagetthoffendmal große patriotische Kundgebungen statt. Nach einer Versammlung zogen etwa 500 Manifestanten unter Abhängen der Volkshymne und unter Hochrufen auf Österreich-Ungarn und Hinarufen auf Serbien zum Prinz Eugendental, wo eine patriotische Demonstration stattfand. Ein großer Teil der Demonstranten zog dann zum Deutschnisterdenkmal, wo sich die patriotische Demonstration wiederholte. Aus der Provinz, sowie aus der ungarischen Hauptstadt werden ähnliche Vorfälle gemeldet.

Budapest, 25. Juli. Die hiesigen Blätter melden aus Belgrad von gestern: Gestern in den frühen Morgenstunden begann der Ministerrat, der bis 10 Uhr vormittags dauerte. Dann meldete sich Ministerpräsident Papstich im Konak zur Audienz beim Thronfolger Alexander. Unter dem Vorsitz des Thronfolgers Alexander fand später eine eingehende Beratung statt, an der der Ministerpräsident, der Finanzminister, der Kriegsminister und der Chef des Generalstabs teilnahmen. Es verlautet, daß der Ministerpräsident in Begleitung des Finanzministers nach Branja Bonja abgereist ist.

Italienische Pressstimmen.

Rom, 25. Juli. „Popolo Romano“ schreibt zur österreichisch-ungarischen Note: Auf Seiten Österreichs ist alles recht, wie auf Seiten Serbiens alles unrecht ist. Durch die Haltung der serbischen Militärpartei nach dem Balkankrieg sei die serbische Kreditaufnahme und dadurch das fürchterliche Verbrechen von Sarajewo möglich geworden. „Corriere d'Italia“ sagt: Der Zwist bedroht auch den europäischen Frieden. Die Monarchie, die durch das Verbrechen von Sarajewo ins Herz getroffen worden sei, habe das Recht, ihre Stimme gegen diejenigen zu erheben, die es als Anstifter der Tragödie betrachten. „Messaggero“ erklärt, daß die Untersuchung den Beweis erbracht habe, daß die Mörder von Sarajewo in Serbien Helfer hatten. So habe die österreichische Militärpartei dem Kaiser endlich das Ultimatum abzwängen können.

Englische Pressstimmen.

London, 25. Juli. Die Blätter beschäftigen sich mit der Wiener Note. Die „Times“ schreibt: Alle, denen der Frieden am Herzen liegt, müssen hoffen, daß Österreich-Ungarn mit der Note an Serbien nicht das letzte Wort gesprochen hat. Wenn dies doch der Fall ist, dann stehen wir am Rande des Krieges, und zwar eines Krieges, der für alle Großmächte unberechenbare Gefahren im Gefolge haben kann. Das Blatt gibt die Tatsache der großserbischen Agitation zu, sowie, daß die serbische Regierung nicht unterdrückt hätte und sein Nachbarkraft an sich berechnigt wäre, hierauf mit einer Kriegsandrohung oder einem Krieg zu antworten. Aber eine Nacht, die von diesem Rechte Gebrauch machen wolle, könne nicht erwarten, daß die Gerechtigkeit ihrer Aktion von anderen anerkannt werde, bis sie sie durch mehr als bloße Behauptungen erhärtet habe. Die kurze Frist des Ultimatum nehme Serbien jede Gelegenheit, sich zu verteidigen. Österreich-Ungarn überlasse damit einem kleinen und erregbaren Balkanstaat binnen wenigen Stunden die Entscheidung, ob ein dritter Balkankrieg stattfinden soll und zwar ein Balkankrieg, in dem diesmal von Anbeginn an eine Großmacht bewirkt sein würde. Einige der österreichischen Forderungen seien im höchsten Maße hart und demütigend. Alle Mächte müßten in Erwägung ziehen, was ihre Ablehnung bedeuten könne und sie müßten alle Anstrengungen machen, einen Kampf zu vermeiden, dessen Ende niemand voraussehen könne. — „Daily Telegraph“ glaubt, daß Österreich-Ungarn in keinem Falle vor einem Kriege Vorteil haben würde. Die serbische Regierung sei es sich selbst schuldig, sich von der Anklage der Mitschuld an der Mordtat zu reinigen. — „Daily Chronicle“ sagt, die österreichisch-ungarische Note sei tragisch, aber kaum tragischer, als die begründete Selbstverteidigung der Doppelmonarchie erforderlich. Österreich könne etwas derartiges von einem Nachbarkraft nicht dulden, ohne seine Würde und seine Existenz zu gefährden. Seine Forderungen seien außerdem von der Versicherung begleitet, daß es auf keinen Fall die Integrität des serbischen Territoriums beeinträchtigen wolle. Wenn die politische Existenz Serbiens auf dem Spiele stände, so würde Rußland sicher in den Krieg gehen. Aber Rußland werde diese Frage wohl nicht in diesem Lichte sehen. Rußland täte am besten daran, Serbien zum Nachgeben zu raten. — „Daily News“ sagen, Österreich-Ungarns Forderungen enthalten nichts, was wirklich unerträglich wäre. Serbien täte am besten daran, sich prompt zu unterwerfen. Verhandlungen könnten später erfolgen. — „Daily Graphic“ sagt: Keine der Großmächte, auch nicht Rußland, wolle in diesem Augenblick Krieg, und daher wünsche keine ein Opfer für den brandstifterischen Staat zu bringen, der nicht nur unentschuldbar Verbrechen vor sich geleitet habe, sondern auch eine ständige Bedrohung für den territorialen Status quo im Orient sei. — Die „Morning Post“ schreibt: Die Forderungen Österreichs sind ohne Vorgang und bedeuten einen Verzicht Serbiens auf seine Souveränität und Unabhängigkeit. Das Vorgehen Österreichs sei das Hochfahrendste, das man in der Geschichte kenne. Andere Staaten mögen Serbien zum Nachgeben raten, aber zum Widerstand könne keine Regierung raten, wenn sie nicht bereit sei, Serbien beizugehen. Das ganze Verfahren mache den Eindruck einer Herausforderung Österreichs als eines Mitglieds des Dreibundes an die anderen Mächte oder als Herausforderung an den Zweibund, die England zwingen sollte, sich zu entscheiden, ob es an der europäischen Politik weiter teilnehmen wolle oder nicht. — „Daily Mail“ schreibt: Wenn Österreich Rußlands Forderung auf Verlängerung der Frist ablehnt, so wird der Zwist nicht lokalisiert bleiben und die Großmächte werden einer europäischen Frage ersten Ranges gegenüberstehen. Die Frage würde keine österreichisch-serbische sein, sondern die Tripleentente würde dem Dreibund gegenüberstehen.

Russische Pressstimmen.

St. Petersburg, 25. Juli. Der „Njetj“ schreibt: Augenscheinlich ist, daß sich die russische Diplomatie des Ernstes der Lage nicht ganz bewußt ist. Das österreichische Ultimatum ist eine Luitung auf die prahlerischen Depeschen des Pariser „Matin“. Die einzige Möglichkeit für die Tripleentente, eine Hineinfügung in den Konflikt zu vermeiden, besteht in der Lokalisierung der serbischen Frage und der Vermeidung jeder Ermunterung Serbiens. — Die „Nowoje Wremja“ behauptet: Im Pressebureau des auswärtigen Amtes sei einigen Journalisten gesagt worden, daß Rußland sich an die Seite Serbiens stelle, das unverbunden einen schweren Schlag erhalten habe. In einem Leitartikel bezeichnet das Blatt die Forderung der österreichischen Note als absolut unerfüllbar und das Ultimatum als eine gegen Rußland gerichtete Provokation, auf die Rußland nicht nur durch Worte, sondern auch durch die Tat antworten müsse. — Der „St. Petersburg Kurier“ schreibt, das Ultimatum zeige, daß man mit Rußland als Großmacht nicht rechnen und den Krieg wolle. Die würdige Antwort Rußlands sei die Mobilmachung und die Erklärung, daß Serbien nicht allein sei. Ähnlich äußert sich „Wirkewija Bedomosti“.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

KUEHLER KRUG

Sonntag, 26. Juli 1914

Opern- und Operetten-Konzert

der
Leib - Grenadier - Kapelle 109

Dirigent: Musikmeister Bernhagen

ANFANG 4 UHR
EINTRITT 30 PF.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im großen Saal statt



TRAUER

Kostüme
Kleider
Blusen
Unterröcke
Mäntel

in reichhaltiger Auswahl
bei angemessenen Preisen
empfehlen
M. Schneider
Karlsruhe
Ludwigsplatz

Saison-Räumungs-Verkauf

in allen Abteilungen unseres großen Spezial-Hauses gelangen verschiedene Serien-Posten in

Herren- u. Knaben-Bekleidung zu bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf

Wir gewähren während dieses Verkaufes auf alle nicht besonders reduzierten Waren

doppelte Rabattmarken oder 10% in bar

Günstigste Einkaufs-Gelegenheit für Ferien und Reise

Spiegel & Wels

Gommer-Theater

Städtische Festhalle
Telephon 921

Sonntag, den 26. Juli 1914, abends 8^{1/2} Uhr

Die ledige Ehefrau

Bureau

3 Räume im 1. oder 2. Stock in der Altstadt gelegen, per 1. Oktober d. J. zu mieten gesucht.

Offerten unter A. 417 an die Exped. d. Karlsruh. Ztg. erb.

St. Bernhardin Grand Hotel Viktoria

Graubünden, 1626 m über Meer. Bahnstation Thusis u. Mesocco. Massiv gebautes Haus mit 150 Betten und allem Komfort. **Idealster Höhen-Kurort.** Gasreicher Stahlsternling. Ausgedehnte, ebene Spaziergänge in Tannenwäldchen. Pensionspreis von 7 Fr. an. Prospekte durch **J. B. Genelin**, früher im Schwarzwald. A.414

Reise-Bazar

A. HAUNZ

Kaiserstr. 108

Räumungs-Verkauf

15 bis 30 % auf alle Reise-Artikel und Feine Lederwaren

Ein Posten Lyoner Seiden-Echarpes aus meinem Badener Geschäft soll ebenfalls geräumt werden

Professor Gärtnerische

Säuglingsmilch

anerkannter bester und naturgemässer Ersatz der Muttermilch.

Schleimmilch

vorzüglich bewährt gegen Durchfälle der Kinder.

Karlsruher Sterilisier-Anstalt

Dr. Sandel Nachf.

Leopoldstrasse 20. Telephon 1859.

Königl. Höhere Webschule zu Münchberg

(Oberfranken)

Jahresfrequenz: 60-80 Tagesschüler

Komplett eingerichtete und fabrikmäßig betriebene Textil-Schule mit Vorbereitung, Kunst-Handweberei, Mechanische Weberei, Maschinestickerie, Montier- und Konstruktions-Abteilung, Reparatur-Werkstätte, Mechanisch-technologische Laboratorium mit chemischer Abteilung. Vorzügliche Stoff- und Lehrmittelsammlungen. Eigene Dampf- und elektrische Kraft- und Licht-Anlage. Beginn der neuen Semester: Mitte März und Anfang Oktober. Auskünfte gern und unentgeltlich durch **Direktor Winkler**. G.195

BAUGENEHMIGUNGEN

Von Großherzoglich badischen Bezirksämtern genehmigte Baugenehmigungen. Veröffentlichungen erfolgen wöchentlich mehrmals. (Ausdruck 10 Pf.)

Ami Bonndorf.

Bonndorf. S. Ketterer, Wagenfabrik. Spitalverwaltung, Umbau. Stadtgemeinde, Kraftwagenhalle. **Erstingen.** G. Schenck, Umbau. **Friedenbach.** A. Metz, Wohnhaus. **Friedenbach.** G. Schenck, Umbau. **Graichenhausen.** A. Wittmann, Wirtschaftsg. **Gründelshausen.** A. Pfeifer, Wohngebäude. **Hürdingen.** Gemeinde, Zehnterobere. **Krenkingen.** A. Hug, Umbau. **Münchingen.** B. Müller, Umbau. **Neufelingen.** A. Schrey, Schmiedewerkstätte. **Niedern.** F. Blum, Wohnhaus. **Wellendingen.** C. Wesserschmitt, Bauveränderung. **Wittelsheim.** A. Walter, Umbau.

Ami Donaueschingen.

Alfingen. M. Fels, Stallbau. **Döggingen.** C. Frei, Wohnhausvergrößerung. **Donaueschingen.** A. Scheller, Umbau. A. Stant, **Eranda.** **Erstingen.** Gemeinde, Abortzelle. M. Wilhelm, Umbau. **Niederschingen.** S. Nees, Feinschuppen. **Zaunheim.** Gemeinde, Transformatorgebäude. **Wolterdingen.** A. Rehl, Schlaftank.

Ami Ettenheim.

Ettenheim. Rath. Stiftungstrat, Ambergasse. G. Wimmer, Geräteschuppen.

Ami Neustadt.

Hammersteinbach. F. F. Herkmann, Zehnterobere. **Hintergarten.** U. Benig, Schweinehülle. B. Hoffmann, Ehefrau, Schuppen. **Neustadt.** Papierfabrik, Umbau. **Nudenberg.** F. Trübscher, Wohnhaus. **Neiertaler.** A. Kleifer, Bauveränderungen.

Ami Triberg.

Furtwangen. A. Rehrer, Autoraum. C. H. Dold, Zehnter. **Schnack.** M. Rehrer, Einfamilienhaus. L. Ketterer, Telefoniegebäude. G. Kubner, Eisengebäude. **Triberg.** B. Dold, Wohnhaus.

Ami Heberlingen.

Hödingen. J. Dreier, Wohnhausumbau. **Immental.** C. Feger, Telefoniegebäude. **Kufdorf.** C. Kuch, Feinschuppen. **Heberlingen.** Stadtgemeinde, Walfassänen, Pflanzungsmauer.

Tapeten!

Größte Auswahl bis zu den feinsten, lichtechten Qualitätstapeten. Moderne Muster. **Rosenkavalier-, Schloß-Parett-Tapeten.**

H. Durand,

Karlsruhe, Douglasstr. 26, Tel. 2435. Lieferant staatlicher Behörden Übernahme v. Tapezierarbeiten

Vacuum!

Entstaubung ganzer Wohnungen, Teppiche, Möbel, Betten u. dergl. **E. Telmann Nachf.**, Karlsruhe, Adlerstr. 4. Tel. 2244.



Wendel-Podest-Treppen aus soliden Schmelzbleisen. Fabriziert solid u. billig. **FRIEDR. KOCH**, Schwab. Hall.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

L.853.2.1 Heidelberg. Der Kaufmann **Artur Rothschild** in Zürich, Bahnhofstr. 73, hat das Aufgebot des Teilhypothekendriefes vom 31. Mai 1907 über 10.500 M. Teilbetrag der in dem Grundbuch von Heidelberg Band 211, Heft 22, dritte Abteilung Nr. 17 eingetragenen Hypothek von 13.000 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

Dienstag, 29. Dezember 1914, vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte Heidelberg (Zimmer 23) anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Strafflosklärung der Urkunde erfolgen wird.

Heidelberg, 22. Juli 1914. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts III.

L.854.2.1 Rehl. Der Landwirt **Jacob Joachim I** in Rehl hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch Rehl Band 14, Heft 1, Lgh. Nr. 1941 eingetragenen, im Gewann **Höfeler** der Gemarkung **Rehl** belegenen Grundstücks gemäß § 927 B.G.B. beantragt. Der Tagelöhner **Hermann Joachim**, von Rehl, zurzeit an unbekanntem Orte abwesend, der im Grundbuch als Eigentümer eingetragen ist, wird aufgefordert, spätestens in dem auf:

Freitag, 15. Januar 1914, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte - Zimmer Nr. 3 - anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

Rehl, den 20. Juli 1914. Großh. Amtsgericht.

Verdingung.

L.826. Fahr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kartonnagefabrikanten **Wilhelm Möller** in Fahr ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis bestimmt worden auf

Dienstag, 18. August 1914, vormittags 11 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht in Fahr.

Lahr, den 22. Juli 1914. Der Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts.

L.851. Vörrach.

Über den Nachlaß des Kaufmanns **Karl Friedrich Feidenreich** wird heute am 24. Juli 1914, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Nachlaß überschuldet ist. Der Rechtsanwalt **Walch** in Vörrach wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. August 1914 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beschickung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Donnerstag, 20. August 1914, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. August 1914 Anzeige zu machen.

Vörrach, 24. Juli 1914. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts Abt. III.

L.852. Fullendorf. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Wädes** und **Gastwirts Joseph Brügger** in Fullendorf wurde gemäß

§ 85. A.O. die Vergütung des Konkursverwalters festgesetzt wie folgt: a) die Auslagen auf 79.70 M. b) das Honorar auf 100 M. zusammen 179.70 M.

Fullendorf, 23. Juli 1914. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

L.830. Mannheim. Der am 4. November 1875 in Seckenheim geb. Tagelöhner **Leonhard Weßling** wurde wegen Trunksucht entmündigt. Mannheim, 21. Juli 1914. Großh. Amtsgericht Z. 10.

b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.

L.850. Heidelberg. Über den Nachlaß des Buchdruckers **Emil Robert Amann** in Heidelberg ist die Nachlassverwaltung angeordnet und **Wasserrat Leonhard Weßling** hier zum Nachlassverwalter bestellt.

Heidelberg, 20. Juli 1914. Großh. Notariat I als Nachlassgericht.

Verstehene Bekanntmachungen.

Bei diesseitiger Stelle ist eine

Kanzleihilfenstelle

mit der üblichen Jahresvergütung auf spätestens 1. Oktober d. J. oder früher zu besetzen.

Bewerbungen aus der Zahl der Aktive und Inaktiven sind binnen 8 Tagen hierher einzureichen.

Gr. Bezirksamt Staufen.

Verdingung.

A. Entwässerung, Abortanlage und Bewässerung für 3 Hauptgebäude.

B. Schlossarbeiten für 2 Pferdehülle, Reithaus und Beschlagschmiede für die Kaserne der Trainabteilung Nr. 14 in Durlach, sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung betragen werden. Angebote sind verschlossen, mit entsprechender Aufschrift bis zum

Freitag, den 31. ds. Mts., vormittags 9 Uhr,

postfrei an das Militär-Bauamt Karlsruhe, Karlsruh. 21, einzufenden. Die Verbindungsunterlagen liegen im Militär-Bauamt Karlsruhe, Postfach 8 auf und können soweit Vorrat reicht, gegen postfreie Einzahlung von A. 2.20 M., B. 4 M. (keine Briefmarken) vom Militär-Bauamt Karlsruhe bezogen werden. A.434.2.1 Militär-Bauamt Karlsruhe.

Das Verlegen von 1080 Stk. m. Gleis mit Weichleitung und Kofferaushub im Rangierbahnhof hier ist nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Pläne usw. bei uns einzusehen. Kein Bestand. Abgabe von Angeboten unentgeltlich. Angebote verschlossen, postfrei, sind mit der Aufschrift „Gleisarbeiten im Rangierbahnhof Karlsruhe“ bis längstens zur Eröffnungstermin, **Mittwoch den 5. August, vormittags 10 Uhr**, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. L.723.2 Karlsruhe, 14. Juli 1914.

Großh. Bahnbauinspektion I.

Alle Holzschwellen das Maß zu 11 Stück mit zusammen 1 cbm, werden öffentlich versteigert: **Donnerstag, den 30. Juli 1914, vormittags 8 Uhr**, auf Station Rehl (Gafen) = 12 Lofe. Desgleichen **nachmittags 2 Uhr**, auf Station Appenweier = 34 Lofe. **Freitag, den 31. Juli 1914, vormittags 8 Uhr**, auf Station Oberkirch = 30 Lofe. Desgleichen **nachmittags 3 Uhr**, auf Station Bühl = 12 Lofe. L.799.2.2

Rehl, 22. Juli 1914.

Großh. Bahnbauinspektion.

Deutscher Eisenbahngütertarif, Teil I.

Am 25. Juli 1914 wird zum deutschen Eisenbahngütertarif, Teil I, Abteilung B sowie zu den „Erläuterungen und Entschärfungen zum Deutschen Eisenbahngütertarif, Teil I, Abt. B“ je der Nachtrag I ausgegeben. Karlsruhe, 22. Juli 1914. Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen.